

Parolen für den 11. März 07 der PdA Bern

Ja zur Einheitskasse, Nein zur Einheitspolizei

An ihrer Mitgliederversammlung hat die Partei der Arbeit des Kantons Bern ihre Unterstützung der «Volksinitiative für eine soziale Einheitskrankenkasse» bekräftigt. Die PdA Schweiz gehörte neben dem «Mouvement populaire des familles» zu den Initiatorinnen der Initiative und hat ein Drittel der Unterschriften beigesteuert.

Die durch Prämienklausur finanzierte Lügenkampagne der Gegner, die mit Phantasiezahlen jonglieren, wurde von den Mitgliedern heftig kritisiert. Aber auch die SP, welche eine halbherzige Kampagne führt und sich von den Gegnern beeinflussen lässt – so z.B. mit dem Abrücken vom zentralen Punkt der nach steuerbarem Einkommen und Vermögen berechneten Prämie – kam nicht ungeschoren davon: Der Ausbau der Prämienvergünstigungen und ein Solidaritätszuschlag auf Reiche wurden für die Finanzierung als unzureichend erachtet.

Ein einstimmiges Nein gab es für die kantonale Änderung des Polizeigesetzes, welche die Abschaffung der Gemeindepolizeien bedeutet; diese sollen in die neue Einheitspolizei, «Police Bern», eingegliedert werden. Damit gäbe es nur noch diese Kantonspolizei. Das wiederum bedeutet ein Verlust an horizontaler Gewaltentrennung, da die Gemeindeebene herausgebrochen wird. Jegliche Machtkonzentration bei der Polizei ist abzulehnen, nicht zuletzt auch deshalb, weil eine kantonale Ombudsstelle vom Grossen Rat abermals abgelehnt worden ist. Die Trennung von politischer und operativer Verantwortung ist problematisch, vor allem die Möglichkeit, dass Gemeinden mit benachbarten Gemeinden Gremien schaffen, welche dann «Leistungen» bestellen. Die Vorlage bedeutet dagegen eine weitere Zunahme von Institutionen, die ihr Amt fernab jeglicher demokratischer Kontrolle ausüben. Nur die Teilnahme der Bevölkerung an allen Belangen der Gesetzgebung, Regierung und Verwaltung stellt jedoch sicher, dass Behörden die Interessen, denen sie dienen sollen, unmittelbar aus der Hand der Betroffenen erfahren.